Inhalt

1. Einleitung 7

2. Entspannung im Ost-West-Konflikt als globaler Trend 10

3. Entspannung in Europa: Wahrnehmungen und Erwartungen 24

4. Weichenstellungen in Ost und West 1966 bis 1969 43

5. Durchbruch in Moskau und anderswo 1969 bis 1972 66

6. Wandel durch Annäherung und Grenzen des Wandels 1973 bis 1975 106

Quellen und Literatur 123

Abkürzungen 128

1. Einleitung

Mitte der 1960er Jahre trat die Nachkriegsgeschichte und mit ihr der Ost-West-Konflikt in eine neue Phase ein. Nach den Jahren des Kalten Kriegs mit seiner Konfrontation der Blöcke rührten sich auf beiden Seiten der Front Kräfte, die aus verschiedenen Gründen nach neuen Formen in den Beziehungen zwischen Ost und West riefen. An die Stelle alter Spannungen und Feindschaften traten Annäherung und Gewaltverzicht. Im Übergang zu den 1970er Jahren galt ein Zustand als erreicht, der im Deutschen als Entspannung, international als *Détente* bezeichnet wurde. Sowohl global als auch in Europa ging die Wende zur Entspannungspolitik von den Supermächten USA und UdSSR aus. Parallel dazu aber spielten auch die kleineren und mittelgroßen Staaten wie Dänemark, Frankreich oder die Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle.

Entspannung in Europa war nur erreichbar, wenn die deutsche Frage entschärft wurde. Wie dies gelang und wie die Bundesrepublik ins Zentrum der europäischen Entspannungspolitik rückte, ist Gegenstand dieses Buchs. Genauer gesagt, geht es darum, das Streben nach Entspannung als internationalen Prozess sowohl aus westdeutschem Blickwinkel als auch aus der Sicht der Staaten des Warschauer Pakts darzustellen. Neben der ost-westlichen Perspektivenvielfalt gilt es, die internationale Dynamik herauszuarbeiten, die durch neue Kommunikations- und Kooperationsformen im Verlauf des KSZE-Prozesses die Anfänge eines grenzüberschreitenden europäischen Bewusstseins hervortreten ließ.

Die Jahre 1966 und 1975 eignen sich als zeitliche Begrenzung, weil der Warschauer Pakt 1966 zur Abhaltung einer Europäischen Sicherheitskonferenz aufrief und in der Bundesrepublik die Konturen einer neuen Ostpolitik sichtbar wurden. Die darauf folgenden Weichenstellungen ließen schon den späteren Durchbruch im bilateralen Entspannungsprozess erahnen. An diesen Erfolg konnten kurze Zeit später die multilateralen Verhandlungen anknüpfen, die zur Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1975 in Helsinki führten. Bevor diese entspannungspolitischen Schritte in ihrer zeitlichen Abfolge dargestellt werden, befassen sich zwei Kapitel mit den Grundzügen der Epoche und den Vorstellungen der Akteure über Sinn und Zweck der Entspannungspolitik. Schon hier wird deutlich, dass Entspannung ein Nebeneinander von Annäherung und Konflikt war. Der Wandel in den Ost-West-Beziehungen verlief keineswegs linear. Was der Vergangenheit angehören sollte, waren

die konfrontativen Verhaltensmuster des Kalten Kriegs. Nicht überwunden dagegen war der Ost-West-Konflikt selbst.

Darüber hinaus erfüllte die Entspannungspolitik nicht alle Erwartungen. So beklagte im Juli 1975 Willy Brandt anlässlich eines Treffens mit dem Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, den mangelnden „Abbau von Truppen und Rüstungen“ und befürchtete „Rückschläge“ für die Entspannung in Europa. Auch Breschnew war unzufrieden, wenn auch aus anderen Gründen. „Bestenfalls“ trete man „auf der Stelle“, meinte er[1]. Beide konnten auf große und von ihnen selbst herbeigeführte Verbesserungen in den deutsch-sowjetischen Beziehungen zurückblicken. Gleichzeitig aber folgten sie einem unterschiedlichen Begriffsverständnis. Während Brandt eine dynamische Auffassung von Entspannung vertrat, die Europa Schritt für Schritt verändern würde und die deutsche Frage nicht nur entschärfen, sondern mittelfristig auch lösen sollte, orientierte sich Breschnew am Status quo und betrachtete Entspannung als Mittel zur imperialen Besitzstandswahrung – ein Konflikt, der erst 1989/90 gelöst wurde.

Mit Brandt und Breschnew sind zwei Politiker genannt, die zusammen mit anderen den Fortgang der Entspannung in Europa maßgeblich gestaltet haben. Sie vertraten ideologisch unvereinbare Positionen und gingen von unterschiedlichen Interessenlagen aus, stimmten aber darin überein, dass die Wahrung des Friedens absolute Priorität habe. Die diesem Zweck dienende Kooperation der Staaten bildete den unverzichtbaren politischen und rechtlichen Rahmen, um die nach wie vor bestehenden Konflikte zwischen Ost und West gewaltfrei austragen zu können.

Nicht zu übersehen ist das breite Spektrum nicht-staatlicher Einrichtungen und einzelner Personen, die am Abbau von Spannungen in Europa beteiligt waren. Zu nennen sind etwa Repräsentanten von Firmen und Banken, Vertreter von Parteien oder Gewerkschaften, Journalisten, kirchliche Amtsträger, Wissenschaftler, Schriftsteller oder Künstler. Auf ihre Rolle wird von Fall zu Fall hingewiesen. Doch nicht nur aus Gründen der räumlichen Beschränkung bleiben sie in dieser Darstellung Randfiguren. Denn es ist evident, dass es die Regierungen in Bonn, Moskau und den anderen Hauptstädten des Warschauer Pakts waren, die über die Weichenstellung in Richtung Entspannung entschieden und sie durchsetzen mussten. Der Blick richtet sich darum in erster Linie auf die staatlichen Akteure.

[1] Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Bd. 9: Die Entspannung unzerstörbar machen. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982, bearb. von Frank Fischer, Bonn 2003, Dok. 13: S. 134–137, hier S. 136, und Dok. 14: S. 138–150, hier S. 141.

Diesen Komplex im Sinne einer internationalen Politikgeschichte der Entspannung zu analysieren, war die Aufgabe eines Forschungsprojekts an der Universität Mannheim, das von der VolkswagenStiftung finanziert wurde und auf dessen Ergebnissen dieses Buch aufbaut[2]. In den Fußnoten werden nur Zitate nachgewiesen; einen kurzen Überblick über die mittlerweile umfangreiche wissenschaftliche Literatur bietet eine annotierte Bibliographie.

[2] Unter der Leitung des Verfassers und Oliver Banges (jetzt Potsdam) waren an dem Projekt beteiligt: Jordan Baev (Sofia), Csaba Békés (Budapest), Alexei Filitov (Moskau), Kostadin Grozev (Sofia), Wanda Jarząbek (Warschau), Mikhail Lipkin (Moskau), Carmen Rijnoveanu (Bukarest), Svetlana Savranskaya (Washington) und Oldřich Tůma (Prag).

2. Entspannung im Ost-West-Konflikt als globaler Trend

Als der Ost-West-Konflikt 1989/90 zu Ende ging, hatte er unterschiedliche Phasen und Formen durchlaufen. Als Systemkonflikt mit gegensätzlichen Entwürfen über den besten Weg in die Moderne und konkurrierenden Visionen einer besseren Welt in Gestalt von Liberalismus und Sozialismus war er im 19. Jahrhundert entstanden. Die Staatenwelt wurde davon erfasst, als 1917 mit der Oktoberrevolution die sozialistisch-kommunistische Utopie zur Staatsideologie wurde. Der Sieg der Bolschewiki war weit mehr als eine innerrussische Angelegenheit. Lenin ließ die Welt einen Tag nach der Revolution mit seinem „Dekret über den Frieden" in keinerlei Zweifel, dass Frieden und die „Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen" untrennbar zusammengehörten[1]. Damit hatte sich ein Gegenpol zur westlichen Welt formiert. Deren künftige Führungsmacht, die Vereinigten Staaten von Amerika, verfolgte 1917 mit ihrem Kriegseintritt nicht nur Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen. Ihr Präsident Woodrow Wilson hatte darüber hinaus klare Vorstellungen, wie eine dauerhafte Friedensordnung zu erreichen sei. Sie müsse auf einer „Partnerschaft demokratischer Nationen" beruhen. Die Welt müsse „sicher gemacht werden für die Demokratie"[2].

Lenin und Wilson verkörperten Grundpositionen im Ost-West-Konflikt, die unvereinbar waren. International führte dieser Gegensatz vorerst nur zu einer Außenseiterposition der Sowjetunion. Dies änderte sich erst im Verlauf der internationalen Krisen in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkriegs. In kalkulierter Interessenabwägung schloss die stalinistische Sowjetunion 1939 einen Nichtangriffspakt mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Erst der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941 ließ sie zum Verbündeten Großbritanniens und kurz danach auch der USA werden. Als der deutsche Blitzkrieg entgegen allen Erwartungen vor Moskau zum Stehen kam und die Sowjetunion danach unter unvorstellbaren Opfern die Hauptlast des Landkriegs trug, errang sie im Urteil der Westmächte den Status einer Großmacht. Daraus folgte zunächst, dass ihr

[1] Wladimir Iljitsch Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. 2, Berlin 1964, S. 527–531 (hier S. 530): Dekret über den Frieden vom 26. 4. 1917.
[2] So am 2. 4. 1917 vor dem Kongress; Woodrow Wilson, War and Peace. Presidential Messages, Addresses, and Public Papers (1917–1924), New York 1970, S. 14.

eine konstruktive Rolle als Ordnungsmacht im europäischen Staatensystem der Nachkriegszeit zugedacht war. Eine im Oktober 1944 zwischen Winston Churchill und Josef Stalin getroffene Absprache sah vor, Ostmitteleuropa und Südosteuropa in Interessensphären zwischen Großbritannien und der Sowjetunion aufzuteilen. Etwas andere Vorstellungen hatte der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt. In seinem global angelegten Konzept sollte die Sowjetunion im Rahmen der Vereinten Nationen eine regionale Stabilisierungsfunktion ausfüllen. Damit ging die Erwartung einher, sie werde sich in eine westlich geprägte Nachkriegsordnung einbinden lassen.

Aus sowjetischer Sicht wäre dies einer Juniorpartnerschaft mit den USA gleichgekommen. Ein derartiger Weg mochte in zweierlei Hinsicht gangbar erscheinen: Zum einen benötigte das zerstörte Land westliche Hilfe für den Wiederaufbau; zum anderen hätte eine von den Siegermächten gemeinsam getragene internationale Friedensordnung Sicherheit geboten, ohne immense Ressourcen in die Rüstung stecken zu müssen. Stalin legte die Priorität dagegen auf die Anerkennung der Sowjetunion als gleichberechtigter autonomer Weltmacht, die auch außerhalb ihrer Grenzen im Nahen und Mittleren Osten, im Mittelmeerraum und in Osteuropa Einflusszonen beanspruchte und in der Atomrüstung unabhängig sein wollte. Sicherheit sah der sowjetische Diktator gewährleistet, wenn er überall dort, wo die Rote Armee stand, „sein eigenes gesellschaftliches System" etablieren konnte[3].

In westlicher Perspektive erschien dies nicht als normales Verhalten einer Großmacht, die als eine der beiden Hauptsiegermächte aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen war, sondern als Ausdruck sowjetischer Expansionspolitik und als Bedrohung des Westens. Schon im Mai 1945 wählte der desillusionierte Churchill für die neue Weltordnung ein Bild, das die politische Sprache prägen sollte: Ein „eiserner Vorhang" sei niedergegangen, der den Westen vom Osten Europas trenne[4]. Alsbald kam eine weitere Metapher in Umlauf: Die Konfrontation zwischen den USA als der westlichen und der Sowjetunion als der östlichen Führungsmacht wurde als Kalter Krieg bezeichnet. Der Ost-West-Konflikt hatte eine neue Stufe

[3] So Stalin im April 1945 zu Milovan Djilas, einem jugoslawischen Kommunisten und Vertrauten Titos; Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955. Erweiterte Neuausgabe München 2000, S. 99.

[4] Winston S. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Bd. 6, Teil 2: Der Eiserne Vorhang, Stuttgart 1954, S. 262.

erreicht, auf der er das Weltgeschehen insgesamt erfasste. Im Übergang von den 1940er zu den 1950er Jahren weitete er sich zu einer globalen Auseinandersetzung mit zwei Supermächten aus, die sich in einem Macht- und Systemkonflikt unversöhnlich gegenüberstanden. Beide Seiten sahen in der jeweils anderen den Urheber der Konfrontation. USA und UdSSR beschuldigten sich wechselseitig, den Gegner auslöschen zu wollen, und formierten als Sicherung dagegen die Imperien des Kalten Kriegs. Mitte der 1950er Jahre war die Blockbildung abgeschlossen, die sich in den beiden hochgerüsteten Militärbündnissen der NATO und des Warschauer Pakts niederschlug. Das Streben nach äußerer Sicherheit fand seine Entsprechung in der Formierung von Gesellschaften, die gegen die Ideologie der jeweils anderen Seite immunisiert werden sollten. Der Feind wurde nicht nur als äußere Gefahr, sondern auch als innere Bedrohung wahrgenommen. Das eine erforderte Abschreckungsmaßnahmen im Bereich der konventionellen und atomaren Rüstung, das andere Abwehrbereitschaft gegen die kommunistische Unterwanderung beziehungsweise gegen den kapitalistischen Klassenfeind.

Die Ost-West-Konfrontation blieb unterhalb der Schwelle zu formellen Kampfhandlungen. Zwar wurde nach 1945 weltweit und unter direkter oder indirekter Beteiligung der Supermächte häufig Krieg geführt. In der unmittelbaren Konfrontation aber beließen sie es beim Kalten Krieg. Was im Rückblick als Tatsache erscheint, war für die Zeitgenossen alles andere als eine Gewissheit. Weit verbreitet waren kollektive Ängste, es könne zu einem neuen Weltkrieg kommen. Auch die politischen und militärischen Führungen waren vom Gefühl der Unsicherheit und der Bedrohung beherrscht. Ohne ihn tatsächlich führen zu wollen, trafen sie Vorbereitungen für einen Krieg. Sie mussten darauf bauen, dass sich die Gegenseite, die sie als Feind wahrnahmen, rational verhielt. Denn im Zeitalter der atomaren Vernichtungswaffen hörte Krieg vernünftigerweise auf, ein Mittel der Politik zu sein. Die Atommächte waren unfähig zum Frieden, aber sie sahen sich in den Worten des sowjetischen Parteichefs Nikita Chruschtschow zur „friedlichen Koexistenz“ gezwungen: „Es gibt tatsächlich nur zwei Wege: entweder friedliche Koexistenz oder den furchtbarsten Vernichtungskrieg der Geschichte. Einen dritten Weg gibt es nicht.“[5]

Dass diese rationale Einsicht eine risikoreiche Drohpolitik nicht ausschloss, demonstrierte derselbe Chruschtschow, als er zwischen 1958 und

[5] Rede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU am 14. 2. 1956, abgedruckt in: Ostprobleme 8 (1956), S. 328–343, hier S. 333.

1962 in Berlin und in Kuba zwei Krisen entfesselte. In beiden Fällen rührte er an dem stillschweigenden Einverständnis, auf dem die Nachkriegsordnung im Kern beruhte: Die Supermächte griffen nicht in die Interessensphäre der anderen Seite ein. In Konfliktfällen wie Deutschland oder Korea hatte dieses Prinzip zur Teilung der Länder geführt. Das hinderte die USA nicht an der Propagierung einer *Roll-Back*-Konzeption, um den Kommunismus in Osteuropa und in Asien zurückzudrängen. Die Befreiungsrhetorik führte allerdings nicht zu einer Intervention des Westens, als die sowjetische Hegemonialmacht die Aufstände in der DDR 1953 und in Ungarn 1956 mit militärischer Gewalt niederwarf. Höher als die Unterstützung für Freiheitskämpfer rangierte die Wahrung des Friedens auf der Basis der Teilung Europas in Einflusssphären. Die Sowjetunion verfolgte letztlich dieselbe Praxis, auch wenn sie mit dem Berlin-Ultimatum den Status quo in Frage stellte und mit der Stationierung von Raketen auf Kuba die USA in einer Weise herausforderte, dass ein Atomkrieg unmittelbar drohte. Entscheidend war, dass Moskau in beiden Fällen von seinen Maximalzielen abließ und damit die bestehende Ordnung respektierte. Auch der Bau der Mauer in Berlin, so einschneidend er für die unmittelbar Betroffenen war, bestätigte die Grundlagen eines Staatensystems mit zwei Supermächten, die sich unversöhnlich gegenüberstanden, ihre Feindschaft aber nicht offen austragen konnten. Frieden oder genauer gesagt: die Verhinderung von Krieg basierte auf dem wechselseitigen Verzicht, den Machtbereich des anderen offen in Frage zu stellen. Die Mauer in Berlin symbolisierte wie sonst nichts die Gleichzeitigkeit von Friedlosigkeit und Kriegsvermeidung.

Immer wieder gab es Überlegungen, wie der Kalte Krieg entschärft oder gar überwunden werden könnte. Dazu gehörte ein Appell John F. Kennedys von 1963. Nachdem er ein Jahr zuvor während der Kubakrise in den Abgrund eines Atomkriegs geblickt hatte, rief der amerikanische Präsident dazu auf, eine „Strategie des Friedens“ zu entwickeln. Kennedys Ausgangspunkt war einfach und unerhört zugleich: „Wir müssen uns mit der Welt befassen, wie sie ist.“ Damit wollte er sagen, es sei von der Realität der sowjetischen Supermacht und ihres Imperiums auszugehen, das bis nach Mitteleuropa reichte und dessen Außengrenze mitten durch Deutschland verlief. Kennedy verurteilte den Kommunismus als „abstoßend“ und bezeichnete das Streben der Sowjetunion, anderen ihr System aufzuzwingen, als „Hauptgrund für die Spannungen in unserer heutigen Welt“. Er bescheinigte Moskau aber auch, „Abscheu vor dem Krieg“ zu haben. Seinerseits empfahl Kennedy, „unsere Einstellung zum Kalten Krieg“ zu über-

prüfen und damit aufzuhören, einen Konfliktausgleich mit der Sowjetunion als „unmöglich“ anzusehen[6].

Kennedy wusste, dass der bloße Wunsch nach Friedenswahrung nicht ausreichte. Nötig waren darüber hinaus spezifische Methoden und Instrumente der Konfliktkontrolle. Offensichtlich mangelte es an direkten Kontakten zwischen Washington und Moskau. Zur Überwindung dieses Defizits empfahl Kennedy eine höhere Kommunikationsbereitschaft und verbesserte Kommunikationsbedingungen. Der Begriff der Kommunikation wurde in den Bemühungen um Spannungsabbau zu einem Signalwort, zu einem neuen Schlüsselbegriff, der neben den älteren Schlüsselbegriff des *Containment* trat. Kennedy zeichnete ein Bild der Sowjetunion, das differenzierter war, als es die 1946 von George F. Kennan vertretene Auffassung erlaubte. In den Analysen des amerikanischen Diplomaten, die die amerikanische und darüber hinaus ganz allgemein die westliche Wahrnehmung der Sowjetunion prägten, erschien die Sowjetunion als eine „politische Kraft“, die „sich fanatisch zu dem Glauben bekennt, dass es mit Amerika keinen dauernden Modus vivendi geben kann“[7]. Eine Generation später erkannte Kennedy im Licht einer möglichen nuklearen Katastrophe und des langsam, aber kontinuierlich abnehmenden Sicherheitsvorsprungs der USA nicht nur den Zwang zu einem Modus vivendi, er hielt ihn auch für erreichbar. Die im Juni 1963 getroffene Vereinbarung über die Einrichtung einer direkten Nachrichtenverbindung zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml zeigte, dass beide Seiten eine Lehre aus der Konfrontation während der Kubakrise gezogen hatten. Um einen „heißen“ Krieg zu vermeiden, wurde ein „heißer Draht“ installiert, der in künftigen Krisensituationen durch direkte Kommunikation ein besseres Krisenmanagement ermöglichen sollte.

Als nächster Schritt der Annäherung kam es im August 1963 zu einer Einigung über die teilweise Beendigung von Kernwaffenversuchen. Auch wenn dies nichts am atomaren Rüstungswettlauf änderte, setzte nun immerhin eine Serie von Verträgen zwischen Ost und West ein, die eine Überwindung des Denkens in den Kategorien des Kalten Kriegs einleiteten. Als Kennedys Nachfolger nahm Lyndon B. Johnson diesen Faden auf und setzte eine Strategiedebatte fort, die im Umgang der Supermächte für größere Beweglichkeit sorgte. Wie Verteidigungsplanung und Ost-West-Entspan-

[6] Ernst-Otto Czempiel/Carl-Christoph Schweitzer, Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente. Aktualisierte Neuausgabe, Bonn 1989, Dok. 44: S. 277–283.

[7] George F. Kennan, Memoiren eines Diplomaten, München 1971, S. 564f.

nung kombiniert werden sollten, verdeutlichte schließlich Ende 1967 die nach dem belgischen Außenminister Pierre Harmel benannte Formel der NATO. Als künftige Aufgaben des Bündnisses nannte sie die Gewährleistung einer angemessenen militärischen Stärke, aber auch Anstrengungen zum Abbau von Spannungen mit dem Warschauer Pakt. Ein halbes Jahr später verkündete die NATO unter „wesentlicher" Mitwirkung der Bundesrepublik mit dem „Signal von Reykjavik" ihre sicherheitspolitische Grundvorstellung. Sie hielt am „Kräftegleichgewicht" zwischen beiden Seiten fest, allerdings auf einem niedrigeren Niveau. Vorgeschlagen wurden darum Verhandlungen über „ausgewogene und beiderseitige Truppenverminderungen" und „Rüstungskontrolle"[8].

Die Ausrichtung auf die Doppelstrategie von Abschreckung und Entspannung stellte für die westliche Allianz ein einigendes Band dar, nachdem Frankreich 1966 aus der militärischen Integration der NATO ausgeschieden war. Staatspräsident Charles de Gaulle zog mit diesem Aufsehen erregenden Schritt die Konsequenz aus seiner Osteuropapolitik. Sie war als eine genuin europäische Entspannungspolitik angelegt, die sich nicht von den Interessen der Supermächte ableitete. De Gaulle hielt den Zeitpunkt für gekommen, die Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts zu intensivieren. Rasch setzte sich international der französische Begriff *Détente* zur Kennzeichnung einer neuen Phase im Ost-West-Verhältnis durch. Als Ziel wurde nichts Geringeres genannt als die Überwindung der Blockkonfrontation und der Teilung des Kontinents durch die Wiederherstellung Europas „vom Atlantik bis zum Ural"[9].

Kooperation und Konflikt, Annäherung und Antagonismus standen in de Gaulles Entspannungspolitik dicht nebeneinander. Hier wird eine Ambivalenz sichtbar, die allen Spielarten von Entspannung eigen war. Zwar herrschte Einverständnis darüber, sich wechselseitig zu respektieren, das Sicherheitsbedürfnis der jeweils anderen Seite anzuerkennen und auf militärische Gewalt im Konfliktfall zu verzichten. Aber den Status quo grundsätzlich zu akzeptieren bedeutete keineswegs, ihn uneingeschränkt und unbegrenzt anerkennen zu wollen. In unbestimmter zeitlicher Perspektive

[8] Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976, S. 249; Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994. Hrsg. aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amts, Köln 1995, Dok. 85: S. 320f.

[9] Diese seit Beginn seiner Präsidentschaft 1958 immer wieder gebrauchte Formel wiederholte de Gaulle in einer Pressekonferenz am 4. 2. 1965; Charles de Gaulle, Discours et messages, Bd. 4: Pour l'effort, août 1962 – décembre 1965, Paris 1970, S. 341.

wollten beide Supermächte die fragile Balance durchaus zum eigenen Vorteil verändern, und sie hielten das auch für möglich. Auf östlicher Seite waren die sowjetkommunistische Ideologie und die Vorstellung vom proletarischen Internationalismus unvermindert lebendig. Der Westen sah sein konstituierendes Prinzip der Liberalität als universal gültig an. Die Suche nach Ost-West-Entspannung sollte die Gefahrenmomente des Kalten Kriegs eindämmen, beendete aber nicht den Ost-West-Konflikt. Der von Hochrüstung begleitete ost-westliche Wettbewerb um die richtige gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung dauerte in voller Schärfe an. Der Kampf um die „Seele der Menschheit" ging weiter[10].

De Gaulles Vision von europäischer Entspannung vermittelte der sowjetischen Führung durch die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen ein Gefühl der Sicherheit. Zugleich aber zielte sie auf die Wiedergewinnung von nationaler Eigenständigkeit in West und Ost und damit letztlich auf die Auflösung der von den Supermächten gelenkten Imperien des Kalten Kriegs. Die Infragestellung der Sowjetunion als Hegemonialmacht konnte Moskau nicht gefallen, wurde aber dort nicht überbewertet, denn es handelte sich um eine Form westlicher Rhetorik, an die man gewöhnt war. Was aus Moskauer Sicht zählte, war de Gaulles Angebot, das dieser mit seinem programmatisch verkündeten Dreischritt „Entspannung – Verständigung – Zusammenarbeit" 1966 machte[11]. Ein konkreter Schritt in diese Richtung war die Einrichtung einer französisch-sowjetischen Kommission zur Organisation wissenschaftlicher, technischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Kein anderes westliches Land war bis dahin in dieser Weise auf die Sowjetunion zugegangen. Welche Erwartungen auch immer daran geknüpft wurden, für die Sowjetunion kam die französische Initiative genau zum richtigen Zeitpunkt. Im Oktober 1964 war es zu einem Wechsel in der sowjetischen Führung mit Leonid Breschnew als Partei- und Alexej Kossygin als Regierungschef gekommen. Beide verkörperten in der Außenpolitik den Gegenpol zu Chruschtschow. An die Stelle seines oftmals gefährlich risikofreudigen Kurses sollten Berechenbarkeit und Zurückhaltung treten. Der schon von Chruschtschow gebrauchte Begriff der „friedlichen Koexistenz"

[10] Melvyn P. Leffler, For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War, New York 2007.

[11] Auch davon hat de Gaulle wiederholt gesprochen, u.a. in einer Rundfunk- und Fernsehansprache zum Abschluss seines zehntätigen Aufenthalts in der Sowjetunion am 30.6.1966: „Il s'agit de mettre en oeuvre successivement: la détente, l'entente et la coopération dans notre Europe tout entière"; Charles de Gaulle, Discours et messages, Bd. 5: Vers le terme, janvier 1966 – avril 1969, Paris 1970, S. 58.

sollte positiv aufgeladen werden und eine verlässliche, entspannungsorientierte Annäherung an den Westen signalisieren. Im Gegenzug erwartete die Sowjetunion, dass der Westen den sowjetischen Herrschaftsbereich in Mittel- und Osteuropa und die bestehenden Grenzverläufe nicht in Frage stellte. Im Kern bedeutete dies, die deutsche Frage mit dem Ziel der Entspannung in Europa in Einklang zu bringen.

Für die beiden deutschen Staaten ergaben sich daraus unterschiedliche Konsequenzen und Anforderungen. Während die Existenz der DDR auf der Zementierung des Status quo unter Einschluss der Teilung Deutschlands und Europas beruhte, verstand sich die Bundesrepublik von Anfang an als ein deutscher Teilstaat, der mit Unterstützung der Westalliierten auf eine Revision der territorialen Nachkriegsordnung drang. Mitte der 1960er Jahre geriet die Bundesrepublik jedoch unter Zugzwang, weil auch für die Westmächte, die zusammen mit der Sowjetunion für Deutschland als Ganzes Verantwortung trugen, die deutsche Frage gegenüber dem Bedürfnis nach Entspannung mit der Sowjetunion in den Hintergrund getreten war. Sowohl das gaullistische Frankreich als der Hauptpartner im Prozess der westeuropäischen Integration als auch die USA als der wichtigste Verbündete und Sicherheitsgarant in der NATO ließen Bonn nicht im Zweifel darüber, dass die alte Priorität – erst Wiedervereinigung, dann Entspannung – nicht mehr galt. Klarer als Präsident Johnson es im Oktober 1966 tat, konnte man es nicht sagen. Für ihn war die Wiederherstellung der deutschen Einheit nur unter der Voraussetzung eines „größeren, friedlichen und prosperierenden Europas“ vorstellbar. Die Überwindung der Spaltung Europas betrachtete er als vorrangige, als die „große unerledigte Aufgabe“ seiner Generation. Erreichbar sei dies nur im Konsens mit der Sowjetunion, denn nichts sei „wichtiger als der Frieden“[12].

Damit modifizierte Johnson schon früher geäußerte Vorstellungen, wie das Problem des geteilten Europa angepackt werden könnte, nämlich durch den Bau von Brücken nach Osten. Als mögliche Brücken über den „Abgrund“ der europäischen Spaltung nannte er Handel, westliche Ideen, Besucherströme oder humanitäre Hilfe. Dahinter verbarg sich nichts anderes als der Versuch, auf östliche Gesellschaften einzuwirken. Während der territoriale Status quo nicht in Frage gestellt wurde, sollte der politische Status quo überwunden werden. Annäherung an den Osten sollte dort schrittweise zu Veränderungen führen und „den Geist einer neuen Genera-

[12] Die Rede Johnsons vor der *National Conference of Editorial Writers* am 7. 10. 1966 in New York findet sich unter: www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=27908.

tion für die Werte und Visionen der westlichen Zivilisation“ öffnen[13] – eine Perspektive, die aus östlicher Regierungssicht ganz und gar unakzeptabel war. Praktikabler wurde Johnsons Konzept erst, als er es später um sicherheitspolitische Komponenten und Vorstellungen gemeinsamer Sicherheit ergänzte. Um ein breiteres Fundament für „wechselseitiges Vertrauen“ zu erreichen, plädierte er für eine auf Kooperation beruhende Selbstverpflichtung zum Frieden. Schritte in diese Richtung waren für ihn die Respektierung der europäischen Nachkriegsgrenzen, die Nichtverbreitung von Atomwaffen und eine gleichgewichtige Truppenverminderung in Europa[14].

Schon am 1. Juli 1968 schlossen die USA, Großbritannien und die Sowjetunion einen Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, dem möglichst alle Staaten beitreten sollten. Ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen, das auch die Begrenzung von strategischen Waffen behandeln sollte, rückte in greifbare Nähe. Es kam nicht zustande, weil Truppen des Warschauer Pakts unter Führung der Sowjetunion in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 die Tschechoslowakei besetzten und dem Reformkommunismus des Prager Frühlings mit militärischer Gewalt ein Ende setzten. Keineswegs an ein Ende gekommen war jedoch der Trend zur Entschärfung des Ost-West-Konflikts. Im Westen verurteilte man zwar das sowjetische Vorgehen und reduzierte die Kontakte mit der Sowjetunion vorübergehend. Nach kurzem Schock und entsprechenden Sympathiekundgebungen für die brutal unterdrückte tschechoslowakische Reformbewegung setzte sich bei den westlichen Regierungen allerdings die Einsicht durch, dass die Sowjetunion innerhalb ihres eigenen Machtbereichs gehandelt und westliche Sicherheitsinteressen im Kern nicht berührt habe. Wichtiger als die Liberalisierung im Osten erschien – wie schon 1953 und 1956 – die Stabilisierung bestehender Kräfteverhältnisse als elementare Voraussetzung für Annäherung und Entspannung.

Den unbedingten Vorrang von Stabilität gegenüber Wandel unterstrich denn auch Richard Nixon als neuer seit Januar 1969 amtierender Präsident der Vereinigten Staaten. Seinem Sicherheitsberater Henry Kissinger gelang es binnen kurzem, ein Vertrauensverhältnis zum sowjetischen Botschafter in Washington, Anatoli Dobrynin, aufzubauen. Der langjährige Dialog dieser beiden Spitzenvertreter über kontroverse Themen fungierte praktisch als

[13] Die Rede Johnsons am *Virginia Military Institute* am 23. 5. 1964 in Lexington findet sich unter: www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=26264.
[14] So Johnson vor der *National Conference of Editorial Writers* am 7. 10. 1966 in New York.